

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Freie Wohlfahrtspflege formuliert Forderungen an Bundespolitik

Der rapide gesellschaftliche Wandel fordert gesamtgesellschaftliches Denken und Handeln. Bestehende Gesetze und Regelungen seien auf ihre Tauglichkeit zu prüfen, ob sie dem gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Ermöglichung von Selbstbestimmung und Teilhabe und der Sicherung von Freiheit dienen. Das stellt die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in insgesamt acht Forderungspapieren zu einzelnen Tätigkeitsfeldern mit Erwartungen an die 19. Legislaturperiode fest. Beleuchtet werden die folgenden Themenbereiche: Behindertenpolitik; Gesundheit; Migration, Kinder, Jugend, Familie und Frauen; Arbeitsmarktpolitik und Grundsicherung; bürgerschaftliches Engagement; Europa sowie Altenhilfe und Betreuungsrecht.

www.bagfw.de

Neues Bündnis will öffentliche Armut bekämpfen

Ein Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen hat in dem Aufruf »Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle!« eine »obszöne« Vermögensverteilung in Deutschland kritisiert und ein Aktionsplan zum Bundestagswahlkampf angekündigt. Unter anderem werden mehr öffentliche Investitionen und mehr Personal für Kindereinrichtungen, Schulen, Gesundheitswesen und Pflege, Kultur, Jugend und Sport, für die soziale und die Arbeitsmarkt-Integration gefordert. Zu der Plattform gehören die Arbeiterwohlfahrt, der Paritätische Wohlfahrtsverband, die Nationale Armutskonferenz, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Deutsche Mieterbund sowie mehr als 20 weitere bundesweit aktive Organisationen und Initiativen. Das Bündnis fordert die stärkere Besteuerung großer Vermögen, Einkommen und Erbschaften zur Finanzierung des vorgeschlagenen

Maßnahmenpaketes. Dem enormen privaten Reichtum in Deutschland stehe eine öffentliche Armut gegenüber, die in immer mehr Kommunen deutlich sichtbar werde.

www.reichtum-umverteilen.de

Teilhabebericht der Bundesregierung

Der Anteil der erwerbstätigen Menschen mit Beeinträchtigungen ist von 2005 bis 2013 um acht Prozentpunkte auf 49 Prozent gestiegen. Das geht aus dem aktuellen Teilhabebericht der Bundesregierung hervor, der nun als Unterrichtung (Bundestags-Drucksache 18/10940) vorliegt. Dennoch liege die Arbeitslosenquote dieser Menschen immer noch deutlich unter der jener Menschen ohne Beeinträchtigungen, die Chancen zur Teilhabe seien immer noch ungleich verteilt. Demnach seien Menschen mit Beeinträchtigungen auch stärker von Armutsrisiken betroffen, schreibt die Bundesregierung. Der Teilhabebericht steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.

www.bmas.de

Handreichung zur Eingliederungshilfe und Pflege erschienen

Der Paritätische Gesamtverband hat in Zusammenarbeit mit einer Rechtsanwaltskanzlei eine Handreichung zum Bundesteilhabegesetz mit dem Schwerpunkt Wohnen veröffentlicht. Mit dem Bundesteilhabegesetz und den Pflegestärkungsgesetzen II und III werden umfangreiche Änderungen in den Sozialgesetzbüchern vollzogen. Alle drei Gesetze führen zu weit reichenden Änderungen in der Eingliederungshilfe und an der Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege. Die Broschüre richtet sich vorwiegend an die Leistungserbringer der Eingliederungshilfe. Die Handreichung »Übergänge gestalten – gewusst wie!« einschließlich der Anlage »Wann tritt was in Kraft«

und das Bundesgesetzblatt zum Bundesteilhabegesetz steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.

www.der-paritaetische.de

Hilfe zur Selbsthilfe



Die Gründung der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins durch Königin Katharina von Württemberg im Jahr 1817 fiel in eine politische Umbruchphase. Den Höhepunkt der wirtschaftlichen Not stellten die Hungerjahre 1816/17 dar, die durch den Ausbruch des Vulkans Tambora im fernen Südostasien im April 1815 hervorgerufen worden waren. Die Gründung des Wohltätigkeitsvereins geschah insofern als unmittelbare Antwort auf diese Notsituation. Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums zeichnet ein Sammelband die historischen Entwicklungslinien des Wohltätigkeitsvereins und seiner Folgeinstitutionen nach und hebt deren zentrale Bedeutung für die Sozialgeschichte Baden-Württembergs hervor. Realisiert wurde das wissenschaftliche Buchvorhaben im Rahmen eines Projekts zum »Forschenden Lehren und Lernen« in der Abteilung Landesgeschichte des Historischen Instituts der Universität Stuttgart. Neben etablierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern waren zahlreiche Nachwuchsforscherinnen und Nachwuchsforscher an der Studie beteiligt.

Sabine Holtz (Hg.): *Hilfe zur Selbsthilfe. 200 Jahre Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg*. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. 332 Seiten, 59,- Euro. ISBN 978-3-8487-3260-9.

Kompetenzzentrum »Zukunft Alter« gestartet

Die Katholische Stiftungsfachhochschule München hat ihr neues interdisziplinäres Kompetenzzentrum »Zukunft Alter« eröffnet. Mit dem Zentrum will sie sich zentralen Fragestellungen des Alterns und der Altersbilder in der heutigen Gesellschaft stellen und gestützt von evidenzbasierter und handlungsorientierter Forschungsarbeit zu neuen Impulsen und gesellschaftsrelevanten Antworten beitragen. Themenschwerpunkte sind beispielsweise Palliative Care und Hospizarbeit, Spiritualität und Alterspastoral, Versorgungskonzepte in Pflege und Sozialer Arbeit, Kompetenzerhalt und Kompetenzerwerb und Lernen im Alter.
www.ksfh.de

Tafeln versorgen eineinhalb Millionen Menschen

Die mehr als 900 gemeinnützigen Tafel-Vereine versorgen in Deutschland rund eineinhalb Millionen Menschen mit überschüssigen, aber qualitativ einwandfreien Lebensmitteln. Rund 60.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sammeln diese im Handel und bei Herstellern ein und verteilen sie unentgeltlich oder zu einem symbolischen Betrag an sozial und wirtschaftlich benachteiligte Menschen. Die Hälfte der Tafeln agiert als eingetragener Verein, die andere Hälfte befindet sich in Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Einrichtungen und Stiftungen. Der Bundesverband Deutsche Tafel e. V. hat auf seiner Webseite die wichtigsten Fakten zu diesen Organisationen zusammengefasst.
www.tafel.de

Reformfolgen des Vergaberechts für die Jugendhilfe

Das nordrhein-westfälische Familienministerium hat einen Bericht über die Reform des Vergaberechts veröffentlicht. Darin beleuchtet das Ministerium insbesondere deren Auswirkungen auf die Kinder- und Jugendhilfe (Vorlage 16/4484). Nach den Verfassern kann das Vergaberecht nicht angewendet werden »für alle Fallgruppen, bei denen nicht selektiv ein »öffentlicher Auftrag« vergeben wird, sondern vielmehr ein kinder- und jugendhilferechtliches Dreiecksverhältnis vorliegt, welches den

Anspruchsberechtigten ein Wahlrecht einräumt und den Leistungs- und Kostenträger unabhängig von der Auswahl des jeweiligen Dienstleisters – sofern er die Qualitätsanforderungen und sonstigen rechtlichen Bedingungen erfüllt – zur Kostenübernahme verpflichtet (z. B. Hilfen zur Erziehung)«.
www.landtag.nrw.de

Integration lohnt sich auch wirtschaftlich

Mehr staatliche Unterstützung beim Deutschlernen und weitere Investitionen in die Bildung von Geflüchteten verbessern nicht nur deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt, sondern lohnen sich langfristig auch für die öffentlichen Haushalte. Das geht aus einer neuen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hervor. Zusätzliche Investitionen von 3,3 Milliarden Euro in Sprachkenntnisse und Bildung der 2015 zugewanderten Flüchtlinge können die fiskalischen Kosten bis zum Jahr 2030 um elf Milliarden Euro reduzieren. Die Studie beruht auf einem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanzierten Forschungsprojekt, das die gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Wirkungen der Flüchtlingszuwanderung aus dem Jahr 2015 bis zum Jahr 2030 analysiert. Die Studie ist im Internet abrufbar.
<http://doku.iab.de/kurzber/2016/kb0217.ppdf>

Beratungshandbuch neu aufgelegt

Das »Handbuch für die Sozialrechtsberatung HSRB« ist in aktualisierter Neuauflage erschienen. Darin werden alle Lebenslagen, die in der Beratungspraxis typischerweise vorkommen, auf ihre Anspruchsgrundlagen zurückgeführt. Die Hinweise geben an, welche Leistungen dem Betroffenen zustehen, wer zuständig ist und wie die Ansprüche in der Praxis durchgesetzt werden können. Insbesondere das Kapitel zur Migrationsberatung wurde in der Neuauflage aus aktuellem Anlass erheblich erweitert. Zusätzliche Beratungsschwerpunkte werden durch das neue Kapitel zum Thema Armut abgedeckt. Die Änderungen durch das Pflegestärkungsgesetz III und das Bundesteilhabegesetz hat

die Neuauflage bereits im Blick, ebenso die neuen Regelbedarfe 2017.

Ursula Fasselt, Helmut Schellhorn:
Handbuch Sozialrechtsberatung – HSRB. 5. Auflage. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. 801 Seiten. 98,- Euro. ISBN 978-3-8487-2677-6.

Flüchtlinge zu Gesundheitslotsen qualifiziert

Elf syrische Flüchtlinge sind in einem viermonatigen Pilotprojekt zu »Gesundheitslotsen für die psychiatrische Versorgung« an Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin qualifiziert worden. Die Absolventen übernehmen mit dieser Qualifikation die muttersprachliche Lotsenfunktion für geflüchtete Menschen. Sie sind in der Lage, psychosoziale Belastungen früh zu erkennen, informieren über Hilfen und vermitteln Beratung. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin hat das Projekt gefördert.
www.khsb-berlin.de/weiterbildung/zertifikatskurse/gesundheitslotsen

Geschichte des Internationalen Bundes untersucht

Seit 70 Jahren ist der Internationale Bund (IB) ein stabilisierender Faktor der Sozialen Arbeit und der Integration in Deutschland. Eine Dokumentation zeichnet nun die Gründungsgeschichte der Organisation nach. Am 11. Januar 1949 wurde der IB als Internationaler Bund für Kultur- und Sozialarbeit e. V. in Tübingen gegründet. Initiatoren waren der damalige Staatsrat von Württemberg-Hohenzollern, Carlo Schmid, der Jugendoffizier der französischen Besatzungsmacht Henri Humblot und Heinrich Hartmann, bis zum Ende des Krieges ein hoher Funktionär in der Reichsjugendführung. Lange Zeit wurde über die Motive der drei sehr unterschiedlichen Männer spekuliert. Die Autorin Marion Reinhardt hat nun untersucht, wie der IB damals mit ehemaligen NS-Funktionären umgegangen ist. Ihre Erkenntnisse haben insofern aktuelle Bezüge, als es auch damals vordringlich darum ging, sich um entwurzelte Jugendliche zu kümmern. Klar ist jetzt, dass Carlo Schmid und Henri Humblot gezielt ehemaligen HJ-Funktionären eine neue berufliche Chance geben wollten. Kontrolliert wurden sie

von einem ehrenamtlichen Präsidium mit unbelasteten Mitgliedern. Heute unterstützen fast 14.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jährlich rund 350.000 Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Senioren unabhängig von ihrer Herkunft, Religion oder Weltanschauung dabei, ein selbst verantwortetes Leben zu führen.

Marion Reinhardt:

Gründungsgeschichte des Internationalen Bundes. Themen, Akteure, Strukturen. Wochenschau Verlag, Schwalbach am Taunus 2017. 360 Seiten. 29,90 Euro.

Arbeitsstress in der Psychiatrie



Der Arbeitsdruck speziell in der Psychiatrie ist Thema der neuen Ausgabe der Zeitschrift »Treffpunkte«. Die Publikation wird herausgegeben von der Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie Frankfurt am Main e. V. und wendet sich an Psychiatrieerfahrene, Angehörige und Experten. Die Mehrarbeit wird in vielen Fällen nicht bezahlt und auch nicht immer durch Freizeit ausgeglichen. Über die konkreten Auswirkungen von Arbeitsdruck und Hektik berichten die Beiträge in Heft 1/2017 und sie suchen zu erkunden, was man individuell und im eigenen Betrieb dagegen unternehmen kann.

www.bsf-frankfurt.de/zeitschrift-treffpunkte/archiv

Fachliche Kompetenzen für die Arbeit mit Flüchtlingen

Die Arbeit mit geflüchteten Menschen steht im Spannungsfeld von sozialpädagogischem Handeln und dem geltenden Ausländer- und Asylrecht. Mittel- und langfristige Teilhabeperspektiven müssen deshalb jeweils abhängig vom Aufenthaltsrechtlichen Status eingeschätzt werden. Das stellt die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe in dem Positionspapier mit dem griffigen Titel »Qualifizierung und Qualifikation

von Fachkräften mit Blick auf die Begleitung, Unterstützung und Integration von geflüchteten Familien und unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten« fest. Zudem sei das eigene Handeln immer auch im Hinblick auf asyl- und ausländerrechtliche Folgen zu überprüfen. In diesem Spannungsfeld muss die sozialpädagogische Arbeit agieren und trotz Verunsicherung Beziehungen aufbauen und Integration fördern.

www.agj.de

Angebote für Alleinerziehende gesucht

Ergänzende Kinderbetreuung, Notfallhilfe und Beratung sind für Eineltern-Familien bitter nötig und zeigen auch Wirkung. Das ergibt sich nach Ansicht des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, Bundesverband aus dem Zwischenbericht für die Evaluation des Modellprojektes zur Wirksamkeit von ergänzenden Angeboten. Der Zwischenbericht und weitere Informationen zum Modellprojekt stehen im Internet zur Verfügung.

www.vamv.de

Rundfunkbeiträge für gemeinnützige Organisationen

Der Rundbeitragsstaatsvertrag wurde mit Wirkung vom 1. Januar 2017 geändert. Für Privatpersonen und bestimmte gemeinnützige Einrichtungen gibt es Erleichterungen. So gelten »Raumeinheiten mit vollstationärer Pflege« und »Raumeinheiten in Wohneinrichtungen« nicht mehr als »Wohnungen« und sind deshalb von der GEZ-Gebühr befreit. Die Veränderungen sind in eine aktualisierte Auflage der Rechtsinformation »Rundfunkbeiträge 2017« des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes eingearbeitet, die seinen Mitgliedsorganisationen kostenlos zur Verfügung steht.

www.der-paritaetische.de

Neue Stiftung für Psychiatrieopfer gegründet

Die Bundesregierung hat die Errichtung der Stiftung »Anerkennung und Hilfe« beschlossen. Die Einrichtung ist den Opfern von Leid und Unrecht in stationären Behinderteneinrichtungen und Psychiatrien gewidmet, die heute noch an den Folgewirkungen leiden und jetzt

Unterstützung erhalten sollen. Die neue Stiftung richtet sich an Menschen, die als Kinder oder Jugendliche in der Zeit vom 23. Mai 1949 bis zum 31. Dezember 1975 (Bundesrepublik Deutschland) oder vom 7. Oktober 1949 bis zum 2. Oktober 1990 (DDR) in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen untergebracht waren und bei denen heute noch eine Folgewirkung aufgrund des dort erlittenen Leids und Unrechts während der Unterbringung vorliegt.

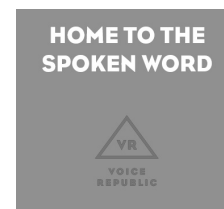
www.bmas.de

Deutscher Sozialpreis nun mit Sparte »Online«

Der seit 1971 jährlich verliehene Deutsche Sozialpreis startet in ein neues Wettbewerbsjahr. Der Medienpreis der Freien Wohlfahrtspflege zeichnet nun neben den bisherigen Sparten Print, Hörfunk und Fernsehen auch in der Sparte Online aus. Der Preis ist mit insgesamt 20.000 Euro dotiert und soll die Berichterstattung sozialer Themen fördern.

www.bagfw.de/sozialpreis

Gesprächsreihe zur Digitalisierung in der Sozialwirtschaft



Auf der Internet-Plattform Voice Republic gibt es eine neue Gesprächsreihe zur Digitalisierung der Sozialwirtschaft. Im Gespräch mit Prof. Helmut Kreidenweis von der Universität Eichstätt geht es um unterschiedliche Dimensionen der Digitalisierung und um die Frage, inwieweit dadurch neue Geschäftsmodelle und neue Spielregeln entstehen und neue Akteure für soziale Angebote auf den Plan rufen können. Nicht zuletzt werden Personal- und Qualifikationsentwicklung und Führungskultur angesprochen, die durch die Digitalisierungsprozesse ausgelöst werden. Die Internet-Plattform sammelt Beiträge um das gesprochene Wort, von Vorträgen über Referate bis zu literarischen Lesungen.

https://voicerepublic.com/talks/digitalisierung_kreidenweis_iii

»Anpacker-App« für Ehrenamtliche

Der Caritasverband Osnabrück hat zusammen mit Stadt Landkreis Osnabrück ein neues mobiles Vermittlungsangebot für ehrenamtlichen Einsatz in der Region vorgestellt. Die »Anpacker-App« für Tablets und Smartphones zeigt auf einen Blick, welche konkreten Engagementmöglichkeiten in der Umgebung bestehen. Damit sollen die Schwellen für Engagement auch technisch so niedrig wie möglich gehalten werden. Die Angaben basieren auf den Datenbanken der Freiwilligenagenturen und Koordinatoren in der Region. Kirchengemeinden, Freie Träger und andere Organisationen, die Zeit- oder Sachspenden suchen, haben die Möglichkeit, sich über das Programm auch direkt an interessierte Bürgerinnen und Bürger zu wenden. Die App steht kostenlos für Apple- und Android-Geräte zur Verfügung.
www.osnabrueck.packt-mit-an.de

Neues Angebot: »Werkstatt ohne Betriebsstätte«

Der Landschaftsverband Rheinland hat gemeinsam mit der Werkstatt Lebenshilfe im Bergischen Land GmbH ein Konzept zu einer Werkstatt ohne eigene Betriebsstätte entwickelt. Hintergrund ist, dass viele Menschen mit einer psychischen Behinderung skeptisch gegenüber einer Beschäftigung in einer Behindertenwerkstatt sind. Um diesen Personen dennoch eine bedarfsgerechte und inklusiv ausgerichtete Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, basiert das Konzept der Werkstatt ohne Betriebsstätte auf ausschließlich betriebsintegrierte Arbeitsplätze im allgemeinen Arbeitsmarkt. Mit diesem Ansatz können die Bedürfnisse und Fähigkeiten des einzelnen Menschen mit Behinderung wohnortnah und erforderlichenfalls in Teilzeit berücksichtigt werden. Individuell notwendige Unterstützungsleistungen erfolgen durch fachlich kompetentes Personal direkt am Arbeitsplatz. Darüber hinaus wird es Schulungs- und Beratungsangebote geben. Für das Eingangsverfahren und den Berufsbildungsbereich befindet sich ein entsprechendes Konzept in der Abstimmung mit der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit.
www.lvr.de

Kennzahlen

»Zahlen sind unberechenbar.«

Philip Kovce, deutscher Schriftsteller (geb. 1986)

2.076.877

Zahl der pflegebedürftigen Menschen in Deutschland, die zuhause versorgt werden
(Stand 15. Dezember 2015)

17

Zahl der Todesfälle durch Gewalt gegen wohnungslose Menschen in Deutschland im Jahre 2016
(Angabe der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V.)

21.826

Zahl der Menschen in Deutschland ohne Staatsangehörigkeit
(Stand Oktober 2016)

485.031

Gesamtzahl der Hilfen zur Erziehung im Jahre 2015 (§§ 27 bis 35 SGB VIII)

4.378

Durchschnittliche Kosten stationärer Krankenhausaufenthalte je »Fall« in Euro im Jahre 2015

883.413

Anzahl der Empfänger von Eingliederungshilfe für behinderte Menschen im Laufe des Jahres 2015 in Deutschland

7.986.994

Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung in Deutschland am Jahresende 2015